



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Martin Wagle, Holger Dremel, Norbert Dünkel, Jürgen Eberwein, Thorsten Freudenberger, Alfred Grob, Josef Heisl, Thomas Holz, Martin Stock und Fraktion (CSU),**

Florian Streibl, Felix Locke, Roland Weigert, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Starke Kommunen – starkes Bayern – starke Heimat!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass die Städte, Märkte, Gemeinden, Landkreise und Bezirke das Fundament des Freistaates bilden. Leistungsfähige Kommunen sind Voraussetzung für gleichwertige Lebensverhältnisse, für gesellschaftlichen Zusammenhalt sowie für wirtschaftliche Stärke und Heimat vor Ort.

Der Landtag stellt weiter fest, dass der Freistaat seine Kommunen in herausragender Weise unterstützt. Mit einem kommunalen Finanzausgleich weit über Vorjahresniveau, durch Verbundsatzerhöhung gestärkten Schlüsselzuweisungen und mit zusätzlichen Milliardenmitteln aus dem Sondervermögen des Bundes sorgt Bayern für Verlässlichkeit, Planungssicherheit und Investitionsfähigkeit der kommunalen Ebene.

Der Landtag betont, dass Bayerns Kommunen bundesweit zu den leistungsfähigsten gehören und weiterhin erhebliche Investitionen in Infrastruktur, Bildung, Betreuung, Sicherheit, Kultur und Daseinsvorsorge tätigen. Diese Stärke ist Ausdruck einer verantwortungsvollen Finanzpolitik des Freistaates und einer engen Partnerschaft zwischen Land und Kommunen.

Der Landtag sieht mit Sorge, dass die kommunale Ebene zunehmend durch zusätzliche Aufgaben und Standards belastet wird, die auf Bundesebene beschlossen werden, ohne dass der Bund dafür dauerhaft die notwendigen Finanzmittel bereitstellt. Diese Entwicklung schränkt kommunale Gestaltungsspielräume ein und gefährdet die nachhaltige Handlungsfähigkeit vor Ort.

Der Landtag bekräftigt, dass eine starke kommunale Selbstverwaltung ein Kernbestandteil der bayerischen Staatsordnung ist und nicht durch eine fortschreitende Aufgabenverlagerung ohne ausreichende finanzielle Ausstattung ausgehöhlt werden darf.

Die Staatsregierung wird daher aufgefordert,

- auch weiterhin mit Nachdruck für eine dauerhaft auskömmliche finanzielle Ausstattung der bayerischen Kommunen einzutreten und den kommunalen Finanzausgleich weiterzuentwickeln,

- sich auf Bundesebene weiter entschieden dafür einzusetzen, dass neue Aufgaben, Standards und Programme nur dann eingeführt werden, wenn deren Finanzierung vollständig und dauerhaft gesichert ist,
- die kommunale Ebene im Rahmen ihrer Möglichkeiten vor zusätzlichen finanziellen Belastungen aus bundespolitischen Entscheidungen zu schützen und bestehende Belastungen kritisch zu überprüfen,
- weiterhin eine starke kommunale Selbstverwaltung sicherzustellen und den Kommunen größtmögliche Gestaltungsfreiheit bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zu erhalten.

Begründung:

Die Kommunen sind das Rückgrat Bayerns. Sie gewährleisten Lebensqualität, Sicherheit, soziale Infrastruktur und wirtschaftliche Entwicklung vor Ort. Gerade in Zeiten großer gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Herausforderungen kommt ihrer Handlungsfähigkeit eine zentrale Bedeutung zu.

Der Freistaat steht fest an der Seite seiner Kommunen. Mit einem kommunalen Finanzausgleich auf historischem Höchststand sowie mit durch Verbundsatzerhöhung gestärkten Schlüsselzuweisungen und zusätzlichen Milliardenmitteln aus dem Sondervermögen des Bundes schafft Bayern die finanziellen Voraussetzungen dafür, dass Kommunen investieren, gestalten und ihre Aufgaben zuverlässig erfüllen können. Diese verlässliche Unterstützung unterscheidet Bayern positiv von vielen anderen Bundesländern.

Gleichzeitig sehen sich die Kommunen zunehmend mit zusätzlichen Aufgaben konfrontiert, die auf Bundesebene beschlossen werden. Neue Pflichtaufgaben, steigende Standards und befristete Programme ohne nachhaltige Finanzierung führen zu strukturellen Belastungen der kommunalen Haushalte und engen den finanziellen wie organisatorischen Handlungsspielraum der Kommunen spürbar ein. Die Verantwortung für diese Entwicklung liegt nicht bei den Kommunen, sondern in einer unzureichenden Abstimmung zwischen Aufgabenübertragung und Finanzierung auf Bundesebene.

Vor diesem Hintergrund ist es notwendig, die kommunale Ebene dauerhaft zu stärken und ihre Selbstverwaltung zu schützen. Bayern setzt hier ein klares Zeichen: Starke Kommunen bedeuten ein starkes Bayern. Der Freistaat wird seine Kommunen weiterhin verlässlich unterstützen und sich zugleich entschieden dafür einsetzen, dass der Grundsatz „Wer anschafft, zahlt“ endlich auch auf Bundesebene konsequent eingehalten wird.

Gerade mit Blick auf die bevorstehenden kommunalen Herausforderungen und die Kommunalwahl ist dieses klare Bekenntnis zu starken Kommunen ein wichtiges Signal an die Verantwortlichen vor Ort wie auch an die Bürgerinnen und Bürger im ganzen Freistaat.